read.me

STUDIS GEW
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • WINTERSEMESTER 2014/2015 //

Foto: Wiesbadenaktuell.de

Hochschulproteste

# Es geht nicht nur um mehr Geld

**// VolkswirtInnen und BildungsökonomInnen haben in den aktuellen Debatten zur Hochschulfinanzierung mittlerweile die Oberhand. Für sie ist Bildung vor allem ein Kostenfaktor – immer neue Kürzungsrunden sind die Folge. Soziologische und bildungsphilosophische Argumente werden demgegenüber als sozialromantische Folklore abgetan. //**

Dabei lohnt sich ein kurzer Blick auf die Zahlen. Im Jahr 2013 hat die Bundesrepublik Deutschland 0,9 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Finanzierung des tertiären Bildungsbereichs ausgegeben. Die beliebte Vokabel Investition kann in diesem Zusammenhang eigentlich kaum benutzt werden, denn der Trend ist rückläufig. Vor vier Jahren waren es noch 1,3 Prozent – schon damals lag die BRD im unteren Durchschnitt der führenden Industriestaaten.

## Haushaltsdefizit als Normalzustand

Damit wird deutlich, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Universitäten und Hochschulen ein politisch gemachtes Problem ist. Durch die fehlende Investitionsbereitschaft stauen sich seit Jahren laufende Kosten als Haushaltsdefizite an. Das hat schwerwiegende Folgen: Immer mehr Hochschulen bemühen sich um Drittmittelquellen, wodurch der Wettbewerbsdruck zwischen den Hochschulen steigt – aber mitunter auch die internen Finanznöte. Beispielsweise fordert die Deutsche Forschungsgemeinschaft immer öfter, längerfristige Stellen einzurichten, die das Fortleben eines Projekts gewährleisten, ohne dass dieses dauerhaft finanziert ist. Die Hochschulen bleiben auf den Folgekosten sitzen. Diesem Kreislauf zu entkommen ist ausgeschlossen, da mittlerweile schon die Grundfinanzierung der Hochschulen von einer möglichst hohen Drittmitteleinwerbung abhängt. In Sachsen-Anhalt liefern sich seither die beiden großen Universitäten Magdeburg und Halle einen unsinnigen Wettstreit, wer im kommenden Haushaltsjahr mehr Mittel aus der vom Land vorgehaltenen, viel zu geringen Grundfinanzierung erhält.

## Gefährdung der Hochschulautonomie

Dabei ist die Rede meist von der Forschung und selten von der Lehre. Die Einheit von Forschung und Lehre aber ist eine grundlegende Idee der Universität, universitäre Forschung ist nur in Verbindung mit der grundständigen Lehre überhaupt sinnvoll denkbar. An der Lehre beteiligen sich jedoch nur selten Drittmittelgeber, und wenn sie es doch tun, dann in der Regel nicht ohne Einfluss auf die Inhalte zu nehmen – teilweise in Form von Studiengängen und Praxisseminaren in Bereichen, die tunlichst frei von privater Einflussnahme bleiben sollten. Letztlich steht dadurch die Hochschulautonomie zur Debatte. Geforderte und mancherorts notwendige Strukturmaßnahmen finden immer stärker vor dem Hintergrund einer monetären Zwangslage in Form von Haushaltskürzungen statt. In Sachsen-Anhalt wird aktuell davon gesprochen, die Kürzungspläne zur allgemeinen Disziplinierung einfach gesetzlich vorzugeben – ein negatives Beispiel, möglicherweise mit Ausstrahlungseffekt auf andere Bundesländer.

## Den Kürzungskonsens kündigen

Eine politische Gegenbewegung darf betonierte Kürzungsdiktate und in Gesetzesform gegossene Wettbewerbsstrukturen nicht als Sachzwang hinnehmen, sondern muss sie als politischen Prozess offenlegen: Es geht eben nicht nur um ein bisschen Geld für die Hochschulen. Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Verteilungsfrage zur Gewährleistung von Bildung als soziale Infrastruktur und als Conditio sine qua non der Demokratie. Dabei stehen die konkreten sozialen Bedürfnisse von Arbeitenden und Studierenden genauso im Vordergrund wie die Formulierung gesellschaftlicher Fragestellungen abseits von individuellen oder lokalen Partikularinteressen. Schon der im Grundgesetz festgeschriebene Sozialstaatsauftrag gebietet, den Kürzungskonsens zu kündigen!

**Fabian Mußel studiert Bildungswissenschaften an der Universität Magdeburg und ist Mitglied im Hochschulbündnis Magdeburg-Stendal.**

**Editorial**

Pünktlich zum neuen Wintersemester kommt die neue read.me-Ausgabe. Wir wünschen unseren Fans, jedem Erstleser und jeder Erstleserin viel Spaß damit. Dieses Mal ist unser Dreh- und Angelpunkt das Geld, denn: Bildung ist teuer! Das wissen die Studierenden, die Hochschulen und die Bundesregierung. Die Frage dabei ist: Wer finanziert was und vor allem wer wieviel? Die meisten unter uns werden die Prozedur der BAföG-Beantragung kennen: Wie lange es dauert, bis der Antrag durch ist, ob man überhaupt BAföG bekommt und wenn ja, ob es zum Leben reicht.
Die Studierendenzahlen wachsen, die Geldtöpfe hingegen werden nicht voller. Dass sich hier etwas tun muss, fordert die GEW schon seit langem. Auch die Studierenden haben die Kürzungen satt. In den Bildungsstreiks 2014 fordern sie eine bessere Finanzierung. Denn ob die sogenannten Bildungs-Milliarden die Lösung sind, ist eher fraglich.
Seid Teil dieses Prozesses! Engagiert Euch und fordert die Unterstützung, die Euch zusteht. Schließt Euch zusammen und gebt den Anstoß zu Veränderungen in der Bildung!

Eure Redaktion

**Bildungspaket der Bundesregierung**

# Kein großer Wurf: Der BAföG-Deal

**// Endlich! Eine BAföG-Reform nach vier Nullrunden. Bildungsministerin Johanna Wanka kündigte eine Erhöhung um 7 Prozent an. Aufatmen unter Studierenden: Miete, Lebensunterhalt und Lehrbücher können wieder bezahlt werden. Aber Moment … Erst 2016 soll die BAföG-Reform eintreten. Und: Aufgrund der steigenden Preise ist damit nicht einmal der Inflationsausgleich gewährleistet. //**

Im Wahlkampf war die Bundesbildungsministerin mit großen Zielen gestartet: Das BAföG gehe „teilweise an der Lebenswirklichkeit vorbei“, erklärte Johanna Wanka im vergangenen Jahr, die Konditionen müssten „umfassend“ reformiert werden. Einige Strukturprobleme packt die Bundesregierung mit der BAföG-Novelle jetzt an: Die Förderlücke zwischen Bachelor- und Masterstudium soll geschlossen werden, die Kinderzuschüsse werden angehoben und vereinheitlicht, die Wohnkostenpauschale wird erhöht und Studierende können künftig bis zu 450 Euro im Monat dazu verdienen, ohne dass dies auf die Förderung angerechnet wird. Das sind Schritte in die richtige Richtung. Aber der große Wurf ist es nicht.

## Bündnis für ein gutes BAföG

Nach wie vor wird das BAföG kaum zum Leben reichen. Die Ausgaben der Studierenden liegen im Durchschnitt bei 860 Euro im Monat, die Ausbildungsförderung wird auch nach der Anpassung maximal 735 Euro betragen. Studierende werden weiterhin vom Geldbeutel der Eltern oder einem Nebenjob abhängig sein.
Gerade wenn das Geld nicht so locker sitzt, kann eine Verschuldung durch das BAföG schnell Abschreckung sein, ein Studium aufzunehmen – denn die Hälfte des BAföGs ist schließlich nur ein Darlehen.
Ein Bündnis aus Studierendenvertretungen, Verbänden und Gewerkschaften hat sich zusammen getan, um für eine echte Reform und für ein gutes BAföG zu kämpfen: Ein BAföG, von dem man leben kann, das wieder deutlich mehr Studierende beziehen und für das man sich nicht verschulden muss.

## Milliarden für die Bildung?

Zum BAföG-Deal gehört auch: Der Bund übernimmt künftig die kompletten BAföG-Kosten. Ab 2015 werden in den Länderhaushalten somit jährlich 1,17 Milliarden Euro frei. Dieses Geld sollen die Länder in Schulen und Hochschulen stecken. Mit einem Schlag würden die Probleme im BAföG, in den Schulen und in der Hochschulfinanzierung gelöst, so die Botschaft der Bundesregierung. Jedoch: Um diese Erwartungen zu erfüllen, reicht das Geld hinten und vorne nicht aus. Nach Berechnungen der GEW fehlen in der Bildung insgesamt jährlich mindestens 40 Milliarden Euro.

Und: Ob die freiwerdenden Mittel überhaupt in der Bildung landen, steht in den Sternen. Denn kontrolliert wird das nicht, und den Ländern sitzt die Schuldenbremse im Nacken. Die einzige Alternative zu mehr Einnahmen sind weniger Ausgaben, und kürzen können die Bundesländer vor allem in der Bildung. Proteste werden also weiterhin notwendig sein.

**Die Forderungen des BAföG-Bündnisses können online unterstützt werden: www.bafögbündnis.de**

**Sarah Bioly, Soziologie- und Philosophiestudentin an der Ludwig-Maximilian-Universität München, und Sonja Staack, Referentin für Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand.**

Foto: Bildungsstreik Berlin

**Interview mit Jan Cloppenburg**

# Darum streiken wir

#bildungsstreik14

Foto: Lars Nickel

Jan Cloppenburg

**Warum gibt es in diesem Jahr Bildungsstreiks?**
Das liegt an den vielen Kürzungen, die wir in den vergangenen zwölf Monaten in mehreren Bundesländern und an vielen Hochschulen hinnehmen mussten. Die Bundesländer Bremen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind davon bisher am stärksten betroffen. Langsam greift die Schuldenbremse in den Ländern, weshalb diese ihre Ausgaben zusammenstreichen. Da Bildung zu den größten Ausgabebereichen der Länder zählt, in denen sie nicht gesetzlich festgelegt sind, wird hier mit zuerst gekürzt. Das darf nicht sein. Dagegen protestieren wir.

**Was muss sich an den Hochschulen ändern?**
Die Hochschulen brauchen eine Finanzierung, mit der sie ihre Aufgaben erfüllen können. In Zeiten wachsender Studierendenzahlen geht das nur mit steigenden Grundmitteln. Wenn die Länder dies nicht erfüllen können, muss der Bund die Hochschulen dringend flächendeckend unterstützen. Und zwar jetzt. Die Hochschulen dürfen nicht erst kaputt gespart werden, damit uns dann auffällt, dass die Qualität abgestürzt ist. Außerdem fordern wir: Mehr Demokratie an der Hochschule. Anstatt dass die Hochschulen von Externen gelenkt werden, müssen alle Mitglieder gleichberechtigt am Wissenschaftsprozess mitwirken können. Alle Mitglieder – also auch die Studierenden.

**Was ist bisher passiert?**
In den letzten Monaten gab es unter großem Engagement sehr viele kleinere und größere Protestaktionen. Zwei übergreifende Aktionstage waren der 20. Mai und der 25. Juni, an denen Hochschulbeschäftigte, Studierende und Schüler/innen in Berlin, Bremen, Darmstadt, Erfurt, Frankfurt, Jena, Köln, Leipzig, Rostock, Wiesbaden und in anderen Städten auf die Straße gegangen sind.

**Wird mit den Bildungs-Milliarden der Bundesregierung jetzt nicht alles gut?**
Mitnichten. Der Bund hat sich dafür gefeiert, dass er gerade einmal sechs Milliarden Euro für drei Jahre für den gesamten Bildungsbereich bereitstellen will. Diese Aktion war eine reine Nachrichtenblase. Auf der einen Seite ist das natürlich zu wenig Geld.
Es reicht kaum, um die bereits angekündigten Kürzungen der letzten zwölf Monate zu korrigieren, geschweige denn, um den Bildungsbereich auszufinanzieren. Die GEW hat einen jährlichen Mehrbedarf von ca. 50 Milliarden Euro errechnet. Auf der anderen Seite drohen die Milliarden noch zur reinen Ausgaben-Umverteilung zwischen Bund und Ländern zu werden, wenn die Länder die freiwerdenden BAföG-Mittel nicht komplett in der Bildung belassen. Außerdem wurde die BAföG-Reform nochmals zwei Jahre nach hinten verschoben. Das war ein herber Schlag ins Gesicht, da die letzte Erhöhung schon vier Jahre her ist.

**Was ist für das Wintersemester 2014/15 geplant?**
Auch im kommenden Semester wird der Bildungsstreik weitergehen. Er wird vor allem von vielen lokalen Aktivitäten vor Ort geprägt sein. Darüber hinaus versuchen zurzeit einige Aktive, ein mehrtägiges Bildungscamp auf die Beine zu stellen.

**Jan Cloppenburg studiert Politikwissenschaften an der Universität Bremen und war bis Anfang September 2014 Vorstandsmitglied im freien zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs).
www.fzs.de**

# 15 Jahre Bologna

**Kommentar von Olaf Bartz**

## Bologna ist auf einem guten Weg

// **Wer ist der Bologna-Prozess, und wenn ja, wie viele? „Bologna“ fungiert mittlerweile als Regenschirm-Begriff, unter dem vielfältigste nationale und internationale hochschulpolitische Initiativen subsumiert werden, unabhängig davon, ob sie in den Bologna-Ministererklärungen seit 1999 auftauchen oder nicht. Auch fiel „Bologna“ in Deutschland nicht vom europäischen Himmel: Fast alle verabredeten Punkte waren bereits seit Beginn der 1990er Jahre Gegenstand nationaler Politik, etwa die Stufung der Studiengänge in Bachelor und Master oder die Einführung von Leistungspunktsystemen.** //

Darüber hinausgehende, rein deutsche Entscheidungen waren hingegen die Modularisierung der Studiengänge und der Umstieg von den zuvor überwiegenden Blockprüfungen am Studienende hin zu studienbegleitenden Prüfungen. Entscheidend ist aber, und dies rechtfertigt die ubiquitäre Verwendung des „Bologna“-Begriffs dann doch, dass ohne den europäischen Impuls die größte Studienstrukturreform der bundesrepublikanischen Geschichte womöglich nicht flächendeckend und für deutsche hochschulpolitische Verhältnisse zügig umgesetzt worden wäre.

### Wie lautet die Bilanz dieser Reform?

Zunächst einmal war sie nötig. Die Schwierigkeiten in Studium und Lehre waren seit den 1960er (!) Jahren stetig angewachsen, beispielsweise: Die Stoffüberfrachtung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften hatte Regelstudienzeiten zur Farce gemacht, und die Freiheit in den zumeist wenig strukturierten geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen überforderte zahlreiche Studierende, so dass Studienabbrüche – teils nach vielen Jahren der Immatrikulation – zum Alltag wurden. Vorgaben für die Studienstruktur, die weitaus starrer waren als die heutigen, behinderten Weiterentwicklungen in Studium und Lehre. All dies wurde angegangen.
Immense Schwierigkeiten bereitete allerdings die Umsetzung. Eine Reform dieses Ausmaßes war ohne Beispiel in Deutschland und zudem nicht ausfinanziert. Umso wichtiger waren die Studierendenstreiks 2009, die den Finger in die Wunde zahlreicher damals nicht studierbarer Bachelorprogramme legten. Länder, Akkreditierungsrat und vor allem die Hochschulen besserten daraufhin – überwiegend erfolgreich – die Reform nach.
An einem Punkt sollten allzu unrealistische Verheißungen korrigiert werden, nämlich bei der angestrebten Mobilität. Manche Versprechungen von vor 15 Jahren klangen so, als ob künftig sämtliche Studierende ohne jeden Aufwand ununterbrochen mobil sein würden. Jedoch ereignet sich Mobilität nie automatisch, sondern ist immer mit Arbeit verbunden – bei den Studierenden und bei den Hochschulen.

### Wo stehen wir heute?

Studium und Lehre sind im 21. Jahrhundert angekommen. Die gröbsten Kinderkrankheiten der Studienstrukturreform, etwa übertriebene Verschulung in Fächern, die davon nur ein gewisses Maß vertragen, sind an vielen Orten geheilt worden. Die Instrumente für eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung sind vorhanden und werden immer stärker genutzt. Das Bewusstsein, dass Lehrangebot und -organisation nicht nur aus der individuellen Tätigkeit der Hochschullehrerinnen und -lehrer bestehen, sondern zugleich auch ein gemeinschaftliches Produkt darstellen, ist erheblich weiter verbreitet als noch vor 15, 25 oder 35 Jahren.
„Bologna“ befindet sich – im Rahmen der Möglichkeiten – auf einem guten Weg. Zahlreiche weitere, zumeist graduelle Verbesserungen sind gleichwohl vielerorts notwendig, engagierte Studierende hierfür unverzichtbar.

**Dr. Olaf Bartz ist Geschäftsführer des Akkreditierungsrates, der über die Qualität der neuen Studiengänge wacht.**

**Kommentar von Sven Lehmann**

## Im Prinzip ja …

// **Befragt man Akteure der Studienreform, ob Bologna gelungen sei, so haben sich eindeutige Positionen rar gemacht. Es ist zwar allen bewusst, dass es kriselt, aber es scheint, man hat sich auf eine Art Mittelweg eingeschossen. Bologna sei schon ganz gut, nur an der Umsetzung hapere es eben noch.** //

Das erinnert entfernt an einen Witz, der zu Zeiten des Kalten Krieges im Ostblock gängig war. Um Planwirtschaft, wo sie nicht funktionierte, zu karikieren oder die herrschende Meinung zu unterlaufen, wandte man sich an Radio Jerewan. Anfrage: „Stimmt es, dass Grigori Grigoriewitsch Grigoriew bei der Allunions-Meisterschaft in Moskau ein rotes Luxusauto gewonnen hat?“ Antwort: „Im Prinzip ja, aber erstens war es nicht Grigori Grigoriewitsch Grigoriew, sondern Wassili Wassiljewitsch Wassiljew. Zweitens war es nicht bei der Allunions-Meisterschaft in Moskau, sondern beim Kolchos-Sportfest in Gamsatschiman. Drittens war es kein Luxusauto, sondern ein Fahrrad. Und viertens hat er es nicht gewonnen, sondern es wurde ihm geklaut. Aber immerhin: die Farbe war rot.“
Gleich einer russischen Puppe, die von groß zu klein immer weiter geschachtelt wird, kippt auch hier das Große ins Kleine und die Antwort untergräbt sich allmählich selbst. Der „Running gag“ setzte irgendwann zum Sprung über die Grenze in den Westen an, wo man gern über Planwirtschaft lachte.

### Stimmt die Studienreform? – Vier Fragen an Radio Bologna

**Erste Frage:** Ist die Zweistufigkeit des Studiums ein Erfolgsmodell? – Im Prinzip ja, nur ist der Masterzugang niemandem garantiert und in einer Reihe von Fächern schließen Frauen mit dem Bachelor und Männer mit dem Master ab.
**Zweite Frage:** Wandelt sich die Hochschule von einem Elfenbeinturm in ein praxisorientiertes Studium? – Auf dem Papier ja, schließlich ist der Bachelor berufsqualifizierend. Ob jemand aber beschäftigbar ist, ergibt sich daraus, ob er eine Beschäftigung bekommt. Was hier verhandelt wird, wird also nicht von der Person erworben, sondern vom Markt vorgegeben.
**Dritte Frage:** Erhalten Studierende mit der Akkreditierung von Studiengängen jetzt eine richtige Mitbestimmung? Im Prinzip ja, nur dass es nicht eine Mitbestimmung, sondern nur als Mitverwaltung ist. Da die meisten aber weiterhin viel anzukreuzen und wenig zu sagen haben, müssen sich die Beteiligten nicht umstellen.
**Vierte Frage:** Stellt die Studienreform nun endlich die Lernenden in den Mittelpunkt? Im Prinzip ja, nur ist das Studium mit Modulhandbüchern und Prüfungsordnungen so umfassend wie noch nie durchgeplant. Dafür bleibt aber die „Qualität“ offen für Ideen (wenn man dazu noch Zeit hat).

Foto: Bildungsstreik Berlin

### Und wie weiter?

Anstatt weiter davon zu träumen, Europa zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wäre es an der Zeit, der praktischen Schwerfälligkeit der Hochschulwelt gewahr zu werden. Sie sollte in die Hände derer gegeben werden, die sie vor Ort gemeinsam gestalten. Dies geschah bislang nie. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.
Dass diese Fragen bei der nächsten Bologna-Konferenz angesprochen werden, ist eher unwahrscheinlich. Man trifft sich dazu im März 2015 in Jerewan – und wahrlich: wer kann sich darüber ernsthaft wundern?

**Sven Lehmann ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW.**

**Immer mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung im Netz**

# Bildung im digitalen Zeitalter

**// Die Lehre hat das digitale Zeitalter erreicht. Anstatt die schweren Hochschultüren aufzustoßen, öffnet man nun mit einem Klick über den Laptop Online-Vorträge. Im Internet findet man Vorlesungen – weltweit und zum Nulltarif! Dafür steht die Abkürzung MOOCs: Massive Open Online Courses. Der Anfang einer Bildungsrevolution? //**

Die Idee: Bildung soll für jeden zugänglich sein – unabhängig vom sozialen Status, von der Nationalität oder dem Wohnort. Vor drei Jahren hielt Sebastian Thrun, Gründer der privaten Online-Akademie „Udacity“, das Web-Seminar „Künstliche Intelligenz“. 160.000 Studenten und Studentinnen verfolgten die Worte des Professors über das Internet mit. Das war die Geburtsstunde der MOOCs.

## Eine neue Form der Lehre

Zum Konzept gehört auch die Vernetzung von Studierenden untereinander. Vor allem cMOOCs (connectivism MOOCs) legen den Schwerpunkt auf die eigenverantwortliche Organisation in Lerngruppen. Als Impuls werden anfangs Videos und Texte als Ressourcen zur Verfügung gestellt. Das Fortbestehen des Kurses liegt allerdings allein in der Hand der Teilnehmenden. Sie können das Material erweitern, kommentieren oder diskutieren.
Unter die klassischen xMOOCs (extension MOOCs) fallen dagegen Online-Videos und -Vorträge. Mit einer Prüfung in Form eines Quiz oder einer – von anderen Studierenden – korrigierten Hausarbeit erinnern sie an Lehrveranstaltungen von Hochschulen. Am Kursende winkt ein Zertifikat als Teilnahmebestätigung.
Trotz der Affinität von MOOCs zum Vorlesungscharakter der Universitäten sind Studierende nicht das typische Publikum. Typisch ist das Motiv der Weiterbildung. Attraktivität üben die Online-Kurse somit vor allem auf die gebildeten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus, denn MOOCs lassen sich flexibel an ihre Zeitpläne anpassen.

## Die angekündigte Bildungsrevolution – eine Illusion?

Hinter den Hymnen über MOOCs verbergen sich hohe Abbruchraten von rund 90 Prozent. Wo liegen die Gründe, wenn durch die Flexibilität doch gerade das Gegenteil erreicht werden soll? BefürworterInnen der Online-Kurse finden die Antworten in den Absichten und Zielen der Teilnehmenden. Viele sehen die ersten Vorträge als Schnupperkurse in verschiedenen Themenbereichen. Andere streben einen Abschluss mit Zertifikat gar nicht an.
KritikerInnen hingegen geben die Schuld der mangelnden Qualität von MOOCs. Die Online-Kurse ermöglichen zwar eine unbegrenzte Zahl an Teilnehmenden mit der Intention, Bildung einer breiten Masse zugänglich zu machen. Dass die breite Masse aber kein einheitliches Vorwissen besitzt, wird im Rahmen der angebotenen Bildung ignoriert. Schon allein die englische Sprache in den Online-Vorträgen kann ein unüberwindbares Hindernis darstellen. Anstatt die Schere zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zu schließen, läuft man Gefahr, ein weiteres Auseinandertriften auszulösen. Regionale Bildungsstandards können eben nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden.

## Das Fernstudium als eine Summe von MOOCs?

Die Nutzung von digitalen Medien zur Vermittlung von Lehrinhalten – wie etwa MOOCs oder das durch Medien unterstützende E-Learning – wird von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) durchaus befürwortet, allerdings bedürfe es noch zusätzlichen Feintunings. Eine mögliche Weiterentwicklung ist die Bestrebung Sebastian Thruns, einen kompletten Online-Informatikstudiengang zu entwickeln. Ähnlich wie im klassischen Fernstudium wäre dann eine Anwesenheit vor Ort nicht mehr nötig.
Neben dieser Parallele gibt es aber auch deutliche Unterschiede. Wichtigster Punkt: die Qualität. „Ein Fernstudium bietet ein ganzheitliches Konzept, einschließlich der Betreuung der Lernenden, und führt zu einem anerkannten Abschluss“, betont Johanna Maiwald, Referentin für Strategie und politische Kommunikation an der FernUniversität Hagen. Wenn nicht nur hoch motivierte Studierende als Zielgruppe gelten sollen, müssen ergänzende Elemente eingeführt werden. Auch Sebastian Thrun erweiterte seine Kurse durch ein Mentoren-Programm und eine 24-Stunden-Hotline. Dieses sogenannte Premium-Paket muss aber gegen Bezahlung dazu gebucht werden.

## MOOCs als Sparinstrument

An diesem Punkt wird das Grundproblem sichtbar: Die Herstellung von MOOCs benötigt Zeit und Geld, soll aber jedem kostenlos zugänglich sein. AkademikerInnen beschweren sich über die Forderungen, Kurse ohne Entschädigung des Zeitaufwands zu produzieren – bislang gibt es keine Anrechnung auf das Lehrgehalt. Auf der anderen Seite soll Bildung frei sein, damit sie nicht nur Privilegierten offen steht. Es besteht die Gefahr, zwei Arten von Universitäten zu kreieren: Eine, in der Studierende eine eigene Lehrkraftberatung und individuelle Unterstützung bekommen und eine, in der Vorträge nur über das Internet zugänglich sind. In der San Jose State University verweigerten Professoren die Aufnahme eines Philosophie-Online-Kurses in ihr Lernprogramm, um nicht als Katalysator für dieses Problem zu fungieren.
Die Lösung des Dilemmas fällt in den Aufgabenbereich des Staats. Allerdings hängt die Gefahr, dass Regierungen in MOOCs eine willkommene Chance zur Personalreduktion und somit Kostenersparnis sehen, als Damoklesschwert über den Hochschulen. MOOCs als Sparinstrument angesichts der Schuldenbremse würde für die Bildung einen enormen Rückschritt an Qualität bedeuten.

## MOOCs – Ja oder Nein?

„Massive Open Online Courses bereichern durchaus die Bildungslandschaft“, das ist für Johanna Maiwald klar. Aber auch, dass „eine Fernuniversität noch einmal etwas ganz anderes ist“. Die Ergänzung der Lehre durch E-Learning ist inzwischen an vielen Universitäten üblich, fügt ihre Kollegin Heike Brand hinzu. Dabei sind aber noch viele Fragen ungeklärt: Sollen bei der universitären Nutzung private oder hochschulinterne Angebote verwendet werden? Wird es Credit Points für die Teilnahme an Online-Kursen geben? Wie können Plagiate und Identitätsbetrug vermieden werden? Die angekündigte Bildungsrevolution hat sich auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben. MOOCs haben dafür den Anstoß geliefert und E-Learning wieder mehr in den Fokus gerückt.

**Sarah Bioly ist Soziologie- und Philosophiestudentin an der Ludwig-Maximilian-Universität München.**

**Beispiele für MOOCs-Plattformen:**

Internationale Plattformen: Corusera, edX, Udacity Deutsche Plattformen: inversity, OpenCourseWorld, openHPI

Foto: zplusz

**Interview mit David Robinson**

# Viel Getöse um MOOCs



Foto: Canadian Association of University Teachers

David Robinson

**Welche Erwartungen werden an MOOCs gestellt?**
MOOCs sind erstmals vor einigen Jahren aufgetaucht. BefürworterInnen prophezeiten, dass MOOCs radikal verändern würden, wie und wo Bildung angeboten und bereitgestellt wird. Es wurde behauptet, dass MOOCs uns helfen würden, den langen utopischen Traum von demokratischer Bildung zu realisieren, indem sie Distanzprobleme und Studiengebühren eliminierten. Daphne Koller, eine Mitbegründerin von MOOCs-Angeboten, suggerierte sogar, dass MOOCs Bildung von einem Privileg für wenige in ein Recht für alle transformieren könne.

**Werden MOOCs den hohen Erwartungen gerecht?**
Die Realität ist im Vergleich zu den Erwartungen ernüchternd. Es gibt ernsthafte pädagogische Fragen über die Effizienz von MOOCs. Entweder existiert nur eine sehr geringe oder gar keine Interaktion mit den Lehrenden. Die Abbruchquoten sind astronomisch hoch und die Aufgaben werden vor allem durch andere KursteilnehmerInnen bewertet. Im Getöse um MOOCs hat sich außerdem ein neuer Bildungsimperialismus etabliert. Beworben werden sie damit, dass die besten Universitätskurse dem Rest der Welt zugänglich gemacht werden.

**Sind MOOCs ein guter Zugang zu höherer Bildung?**
An der Oberfläche scheinen MOOCs tatsächlich den Zugang zu höherer Bildung zu vereinfachen. Sie sind entweder kostenlos oder gegen eine sehr geringe Gebühr für alle verfügbar, die Zugang zu einem Computer mit Internetanschluss haben. Aber einige kritische Fragen bleiben: Zugang zu was? Welche Art von Bildung wird bei MOOCs angeboten? Ist sie angepasst an lokale Bedürfnisse?

**Sind MOOCs eine Chance für Studierende aus materiell schwächeren Familien?**
Die geringen Gebühren, die MOOCs verlangen, können auf den ersten Blick als Verringerung der finanziellen Barrieren für viele potentielle Studierende erscheinen, die sich eine traditionelle Bildung nicht leisten können. Aber es gibt auch einen latenten Kostenfaktor. Wir laufen außerdem Gefahr, ein mehrstufiges Bildungssystem zu kreieren. Eines für die Reichen und eines für den Rest von uns.

**Können MOOCs in Entwicklungsländern den Zugang zu höherer Bildung öffnen?**
Wir müssen uns daran erinnern, dass MOOCs größtenteils ein US-amerikanisches Bestreben sind. Die gewaltige Mehrheit der Kurse hat ihren Ursprung in den Universitäten der USA oder anderer westlicher Länder. Universitäten in weniger entwickelten Regionen der Welt werden ermutigt, MOOCs zu benutzen, die Technologie und pädagogische Ideen zu übernehmen. Faktisch sind MOOCs damit auch eine weitere Erscheinungsform des Neokolonialismus.

**Welche Gefahren gehen von MOOCs aus?**
Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass Regierungen, Institutionen und private Anbieter MOOCs und andere Bildungstechnologien missbrauchen, um Privatisierungen zu fördern, öffentliche Gelder zu reduzieren und ihre Kontrolle über die akademische Lehre zu steigern.

**Was würde die Privatisierung von MOOCs für Hochschulen bedeuten?**
Es gibt einige Regierungen, die in MOOCs eine kostengünstige Lösung zur Versorgung der Bevölkerung mit höherer Bildung sehen. Die kommerziellen Anbieter besitzen bereits einen vorhandenen Businessplan. Sie überzeugen Regierungen, dass die Kosten von Bildung zu hoch sind, um sie selbst zu tragen. Dann bieten sie die Lösung an: Die offizielle Erlaubnis, lizensierte Verträge mit Bildungsinstitutionen zur Entwicklung und Bereitstellung von Online-Kursen gegen Bezahlung einzugehen. Mit 100.000 Studierenden oder mehr in einem Kurs muss man nur eine relativ bescheidene Gebühr berechnen, um Profit zu generieren. MOOCs werden deshalb von vielen PolitikerInnen als willkommene Lösung angesehen, um staatlicher Geldnot und steigenden Studiengebühren zu begegnen.

**Sind MOOCs eine kostengünstige Alternative zur klassischen Lehre?**
Es ist wichtig zu beachten, dass MOOCs nur so günstig angeboten werden, weil mit ihnen die Anzahl an benötigten Lehrkräften reduziert werden kann. In einem Weltbank-Blog wurde kürzlich im Hinblick auf das Potential von MOOCs in Afrika erklärt, dass private Unternehmen eine Menge Geld verdienen könnten, indem sie so weniger vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte anstellten. Education International ist der Überzeugung, dass höhere Bildung – ebenso wie jede Bildung – ein öffentliches Gut und allgemeines Recht ist, kein Privateigentum.

**Sollte der Inhalt von MOOCs allen zur freien Verfügung stehen?**
Zur Ausübung akademischer Freiheit gehört auch der Schutz des Eigentums. Dazu zählen auch die Videos und Texte der Lehrenden in Online-Kursen. Einmal im Internet, ist das intellektuelle Material ein öffentliches Gut. Plagiate sind die Folge. Deshalb stellen die meisten MOOCs-Anbieter aktuell einen eigentumsschützenden Anspruch auf ihr eigenes und von NutzerInnen generiertes Material. Den Teilnehmenden wird lediglich die Verwendung der Texte und Videos zum Lernen gestattet.

**Sollten die Lehrmethoden von Lehrkräften frei wählbar sein?**
Akademische Freiheit bedeutet auch das Recht, ohne irgendeine Beeinflussung zu lehren. Das Recht, den Inhalt und die Methoden der Lehre auszuwählen sowie die Freiheit, jegliche spezifische Technik als Unterstützung zu benutzen oder zu verweigern. Wir glauben fest daran, dass Lehrende nicht dazu gezwungen werden sollten, MOOCs anzunehmen und zu benutzen, wenn sie finden, dass es unangebracht ist.

**Welche Rolle kommt MOOCs in der Bildung zu?**
Wir sollten MOOCs – wie alle technischen-Fortschritte – als potentielle Ergänzung, aber nicht als Ersatz von bewährten Lehr- und Lernpraktiken sehen.

**David Robinson arbeitet für Education International und die kanadische Hochschulgewerkschaft CAUT (Canadian Association of University Teachers). Die Fragen stellte Sarah Bioly.**

## Education International

Education International ist der internationale Dachverband der Bildungsgewerkschaften und vertritt weltweit 30 Millionen Beschäftigte in Bildung und Wissenschaft. Education International engagiert sich für die Abschaffung von Barrieren, die den Zugang zu und den Erfolg in der Bildung einschränken. An Hochschulen vertritt Education International die Interessen u. a. von Lehrenden und Forschenden, ProfessorInnen und Studierenden, Promovierenden und Postdocs. Die GEW ist Mitglied von Education International. www.ei-ie.org

Foto: zplusz

Bericht vom Sarajevo Peace Event

# Frieden ist keine Utopie!

**// Anfang Juni diesen Jahres trafen sich neunhundert Menschen zum „Sarajevo Peace Event“. Es ist ein Hoffnungsschimmer angesichts einer Renaissance des Militarismus, wie sie derzeit zu beobachten ist. Denn eine derartige Friedenskonferenz hat es schon lange nicht mehr gegeben. //**

Im August jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bereits zum hundertsten Mal. Als Schlüsselereignis des Kriegsbeginns wird gemeinhin das Attentat von serbischen Nationalisten auf den österreich-ungarischen Thronfolger in Sarajevo genannt. Die geschichtsträchtige Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas ist also ein passender Platz für eine Friedenskonferenz. Aber nicht nur deshalb haben die Organisator/innen mit Sarajevo eine gute Wahl getroffen: Die Stadt erlangte traurige Berühmtheit als einer der Schauplätze des blutigen Bosnienkrieges, der von 1992 bis 1995 andauerte. Er war Teil der Jugoslawienkriege, die – in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU – ein schwarzes Kapitel zeitgenössischer Geschichte darstellen. Sarajevo wurde in dieser Zeit über 1400 Tage lang belagert, was als längste Belagerung einer Stadt seit dem Mittelalter gilt. Dies und die Massaker, wie sie u. a. in dem bosnischen Dorf Srebrenica verübt wurden, sind Teil eines Konflikts, an dem EU, USA und NATO mit zunächst rücksichtsloser Interessen- und dann mit kopfloser Interventionspolitik ihren Anteil haben.
Doch es muss gar nicht zurück geschaut werden, um die Aktualität der Frage nach Frieden zu unterstreichen. Eine Frage, die in einer Zeit gestellt wird, die durch zahllose Krisen und viele Konflikte auf der Welt geprägt ist. Das Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung zählte letztes Jahr 414 bewaffnete Auseinandersetzungen. Und auch dieses Jahr wurde es nicht friedlicher. Zuletzt dominierten die Ukraine-Krise und die neue Eskalation im mittleren Osten die mediale Berichterstattung.
Europa befindet sich noch immer in einer schweren Krise, die sowohl eine Währungs- als auch eine kulturell-politische Krise ist. Das Klima ist angeheizt durch innereuropäische Verteilungskonflikte sowie durch neue Stimmungsmache gegen vermeintliche Überfremdung. Zu allem Überfluss ist hierzulande eine neue Diskussion um Krieg und Auslandseinsätze entfacht, u. a. initiiert durch führende Politiker/innen wie Ursula von der Leyen, Frank-Walter Steinmeier und Joachim Gauck, welcher gar dazu aufrief, zum Schutze von Menschenrechten „zu den Waffen“ zu greifen.

## Krieg als Ultima Ratio?

Die Situation ist also kritisch. Wenn diese Themen Eingang in die deutsche Öffentlichkeit finden, wird in der etablierten Presse erstaunlich einträchtig in einer grundsätzlichen Bejahung von militärischen Mitteln als Ultima Ratio gesprochen. Allerdings bleibt es dabei oft sehr abstrakt. Technische Aspekte oder Sachfragen dominieren schnell. Ein Gedanke drängt sich dabei auf: Hat sich eine grundsätzlichere Position, wie sie beispielsweise von der Friedensbewegung der 1980er Jahre formuliert wurde und Gewalt vom Prinzip aus ablehnt, heute vielleicht gänzlich überlebt? Schon in den Reden der Eröffnungszeremonie des Peace Events wurde auf diesen Punkt eingegangen. Grußworte der Jurist/innen für den Frieden (IALANA) oder des International Peace Bureaus sowie eine Videobotschaft des US-Amerikaners Noam Chomsky forderten eine klare Bekennung zum Frieden. Im Saal der Veranstaltung hatten sich Aktivist/innen, Friedensbewegte, Mitglieder religiöser und politischer Organisationen, junge und alte Menschen eingefunden.
Die Konferenz erstreckte sich auf vier Tage und zahlreiche Veranstaltungsorte quer über die Stadt verteilt. Da die Großveranstaltung von einem Bündnis verschiedener Organisationen und staatlicher Institutionen organisiert wurde, konnte es passieren, zunächst einen Vortrag im Gewerkschaftshaus zu besuchen, um sich danach an einer Diskussion in einem Verwaltungsgebäude der bosnischen Armee zu beteiligen. Das Programm umfasste hunderte solcher Diskussionen und Workshops, in denen oft kontrovers, doch ebenso angeregt wie produktiv debattiert wurde. Erlebnisse vom Tahrir- oder Taksim-Platz trafen direkt auf Berichte aus der Ukraine oder Tunesien und eröffneten somit zahlreiche neue Perspektiven.

## Gewaltfreie Konfliktprävention

Nachhaltigen Eindruck hinterließ eine Diskussion über Trainings zu gewaltfreier Konfliktlösung. Sie wurde zu einem großen Teil von Menschen geführt, die beruflich mit internationalen Peacebuilding-Programmen zu tun haben und somit aus ihrem Erfahrungsschatz zu berichten wussten. Auch wenn vieles davon zunächst nach glücklichen Einzelfällen klang, sei hier angemerkt, was ein Diskussionsteilnehmer so schön formulierte: Sicherlich lassen sich zahlreiche Beispiele für gewaltsame Konflikte in der Menschheitsgeschichte finden, Beispiele für verhinderte Gewalt dafür umso schwerer. Notiz nimmt man eben nicht von Gewalt, die unterbunden wurde. Dazu passt ein Zitat der Eröffnungszeremonie: „Tell me how you teach history and I tell you who you are.“
Es ist also durchaus eine wichtige Frage, inwieweit wir uns zutrauen, Frieden ohne Gewalt zu schaffen, um vernünftig über den Frieden und somit auch über Militär und Krieg reden zu können. Den Organisator/innen des Peace Events gebührt besonderer Respekt und Dank, einem sich zunehmend rationalisierenden Diskurs eine symbolträchtige Zusammenkunft entgegenzustellen, deren zentrale Botschaft lautet: Frieden ist möglich. Er braucht aber eine klare Bekennung zu den Menschenrechten sowie Kommunikation und Offenheit gegenüber Fremdem. Das sollten wir berücksichtigen, wenn der nächste Ruf nach dem Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln erklingt.

**Philipp Möcklinghoff arbeitet beim Hochschulinformationsbüro (HIB) der Osnabrücker Gewerkschaften und studiert an der Uni Osnabrück Politikwissenschaften. Zudem engagiert er sich dort im Aktionsbündnis für die Einführung einer Zivilklausel.**

Die Konferenz „Sarajevo Peace Event“ fand vom sechsten bis zum neunten Juni diesen Jahres statt. Das Programm ist neben zahlreichen anderen Informationen und Dokumentationen auf peaceeventsarajevo2014.eu zu finden.

**Josef S. war sechs Monate in U-Haft – trotz dünner Beweise**

# Tanz der Nationalisten

**// „Ich verliere den Glauben an den Rechtsstaat“. Das ist die bittere Bilanz von Sabine S. nach der Verurteilung ihres Sohnes. Von Januar bis Juli 2014 wurde Josef S. in Wien in U-Haft festgehalten. Grundlage waren umstrittene Beweise. Seine Straftat war die Teilnahme an einer Protestaktion gegen den „Akademikerball“ in Wien. Ein Ball des Wiener Korporationsrings, der inzwischen von der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) veranstaltet wird. //**

Lange von rechten Verbindungen als „Korporations-Ball“ organisiert, wird seit 2013 die Veranstaltung unter dem Namen „Akademikerball“ von der FPÖ angemeldet und vom Staat geduldet. Mitveranstalterin ist unter anderem die rechtsextremistische Burschenschaft Olympia. 1931 versuchte sie an der Universität Wien im Einvernehmen mit den Studierenden und der ProfessorInnenschaft eine Einteilung nach „rassischen Kriterien“ durchzusetzen. Nicht der Verfassungsschutz brachte damals die Bestrebungen zum Scheitern, sondern allein die Kompetenzüberschreitung des akademischen Senats. Auch heute sind die RechtspopulistInnen stark. Mit über 20 Prozent der Stimmen ist die FPÖ im Österreichischen Parlament vertreten.

Vor zwei Jahren fiel der „Korporations-Ball“ in der Wiener Hofburg das erste Mal aus. Grund dafür war das Veranstaltungsdatum: der 27. Januar. Ein Fest der Rechtspopulisten am Tag der Befreiung von Auschwitz – diese Vorstellung rief ein breites Bündnis aus Menschenrechtsorganisationen, den Grünen, der Sozialistischen Jugend, der Österreichischen HochschülerInnenschaft und der Israelitischen Kultusgemeinde auf den Plan. Sie riefen zu einer Aktionswoche, Gedenkveranstaltungen und einer Protestkundgebung auf. Daraufhin musste die Betreibergesellschaft den „Korporations-Ball“ absagen. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bezeichnete die BallbesucherInnen als „die neue Juden“, weil sie von „wildgewordenen“ DemonstrantInnen bedroht worden seien. Die Proteste gegen das Tanzfest verglich er mit der „Reichspogromnacht“ von 1938, in der NationalsozialistInnen jüdische Personen und Einrichtungen angriffen.

## „Ein wildgewordener Demonstrant“

In diesem Jahr wurde die Innenstadt für den Akademikerball weiträumig abgesperrt. Die österreichische Polizei erwartete Busladungen mit deutschen Chaoten. Wie in den vergangenen Jahren lief die Demonstration nicht ohne Gewalt ab. Schaufenster wurden zerschlagen, ein Polizeiauto sowie eine Polizeistation demoliert. Über 20 Personen wurden verletzt, darunter sowohl ZivilistInnen als auch Einsatzkräfte. Alleinverantwortlich gemacht wurde für die Schäden ein Student aus Jena – Josef S. Ursprünglich angereist, um FreundInnen zu besuchen, nahm er aus politischem Interesse an den Protesten teil. Danach sah er sechs Monate lang FreundInnen und Familie nur noch eine halbe Stunde pro Woche durch eine Trennscheibe. Den Rest der Zeit verbrachte er in einer Einzelzelle.

Er sei zum ersten Mal auf einer so großen Demonstration in Wien gewesen, berichtete Josef S. Der Burschenschaft stehe er aufgrund deren nationalistisch geprägten Weltbilds und der Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut kritisch gegenüber. Der von seiner Professorin Dörte Stachel als „friedlich und aufrecht“ beschriebene Student soll ein Rädelsführer gewesen sein, soll schwere Körperverletzungen und Landfriedensbruch begangen sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet haben, so die Anklage. In Österreich bedeutet das bis zu fünf Jahre Haft. In seiner Heimatstadt Jena wurde ihm der Preis für Zivilcourage verliehen.

Einziger Beweis gegen Josef S. ist die Aussage eines Zivilpolizisten. Er hatte sich nach eigenen Angaben an die Fersen des jungen Mannes geheftet. Ihm zufolge habe der Student andere mit den Rufen „Weiter, weiter, Tempo“ angestachelt und „gestikulierende Anweisungen“ gegeben. Im Bericht des Verfassungsschutzes heißt es, S. habe „Wurfgegenstände“ benutzt, die „auf ein bewusstes, absichtliches, schweres Verletzen der Exekutivkräfte“ zielten und den „brauchbaren Inhalt aus Mistkübeln“ geworfen.

## Schuldig!

Darauf berief sich die Staatsanwaltschaft, um Josef S. wegen Vandalismus und Sachbeschädigung anzuklagen. Ein Tongutachten ergab allerdings, dass ein anderer die Worte „Weiter, weiter“ gerufen hat. Ein Ausschnitt eines ORF-Berichtes belegt, dass der Student einen Mülleimer aufstellte – nicht warf. Überwachungskameras von Geschäften zeigen: Josef S. ist nur laufend, nie prügelnd zu sehen. Nach zwei Prozesstagen stand also nur eines zweifelsfrei fest: Josef S. hat an der Demonstration teilgenommen.

Nach sechs Monaten in Untersuchungshaft lautete das Urteil nun: schuldig. Die Anklage war noch kurzfristig von absichtlich schwerer zu versuchter Körperverletzung geändert worden. Dadurch sank das potenzielle Strafmaß auf drei Jahre. Strafmildernd wirkte außerdem der Umstand, dass der Student nicht vorbestraft war. Er bekam also „nur“ zwölf Monate, davon acht auf Bewährung. Belastend war die Zeugenaussage des Zivilpolizisten, der vom Richter als glaubwürdig beurteilt wurde, und erschwerend die Anzahl aller Josef S. vorgeworfenen Vergehen.

Am 22. Juli wurde Josef S. endlich freigelassen. Die U-Haft wurde auf die verbleibenden vier Monate Gefängnis angerechnet. Was bleibt ist die Frage, ob der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ weichen musste, um ein politisches Exempel zu statuieren.

**Sarah Bioly ist Soziologie- und Philosophiestudentin an der Ludwig-Maximilian-Universität München.**

Illustration: zplusz

Initiativen fordern mehr Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften

# Wissenschaft als Monokultur?

**// Die Frage nach den Inhalten eines Studiums ist eine Art blinder Fleck der Studienreform. Die Rede von „Wissenschaftsfreiheit“ ist oft trügerisch. Tatsächlich haben sich in vielen Fächern Monokulturen ausgebildet, wie etwa in den Wirtschaftswissenschaften. //**

Die Wissenschaft der Ökonomie ist offenbar inzwischen so einseitig, dass selbst Zentralbanker vor den Folgen warnen. So kritisiert der Chefökonom der Bank of England, Andy Haldane, die Wirtschaftswissenschaften hätten ihre Überschneidungen mit anderen Sozialwissenschaften aus dem Blick verloren. Auch Benoît Cœuré, Mitglied des Direktoriums der EZB, erhofft sich von einem pluralistischeren Ansatz Lösungen, wo herkömmliche Modelle an Grenzen stoßen. Die Einseitigkeit ökonomischer Forschung betrifft nämlich direkt wirtschaftspolitische Entscheidungen. Wenn dort nur die Empfehlungen einer Theorie einbezogen werden, kann es leicht zu Fehlentscheidungen kommen.
Gut möglich, dass ein Pluralismus an Theorien die Finanzmarktkrise 2008 vorhergesehen oder zumindest Lösungsvorschläge parat gehabt hätte. Eventuell hätte man so eine Ausbreitung der Krise auf die Weltwirtschaft verhindern können. Gleiches gilt für die Staatsschuldenkrise in Europa. Krisen der Wirtschaft sind häufig auch Krisen der Wirtschaftswissenschaft.

## Wissenschaft wider die Wirklichkeit

Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Ein Wandel wirtschaftswissenschaftlichen Denkens ist notwendig. Für einen solchen tritt das Netzwerk Plurale Ökonomik ein. Beteiligt sind Studierende, die sich für theoretische und methodische Vielfalt in den Wirtschaftswissenschaften einsetzen. Inzwischen ist das Netzwerk an 17 deutschsprachigen Hochschulen aktiv und es werden immer mehr.
Die Wirtschaftswissenschaften brauchen einen Wandel. Das forderten Anfang Mai weltweit 65 Initiativen unter ipsipe.net. Mit diesem Aufruf geriet das Thema erstmals in das Radar der Presse – von der Süddeutschen bis zum Guardian fanden sich Berichte. Und genau dort gehört es hin. Denn Studierende der Wirtschaftswissenschaften sind Entscheidungsträger der nächsten Generation. Was sie im Studium lernen, wird direkt in die Praxis übertragen. In Zentralbanken, Behörden, Ministerien, Banken, Versicherungen und Konzerne. Eine Lehre kann leicht zur ökonomischen Wahrheit werden, wenn nur eine Theorie das Studium prägt. Lernt man: eine diffuse Idee von Nutzen zu maximieren ist rational, egal, ob dabei Arbeitsplätze verloren gehen oder der Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährdet wird – dann wird im Zweifel nach dieser Maxime gehandelt. Lösungsansätze werden also immer einseitig und ohne kritische Überprüfung durch andere theoretische Ansätze umgesetzt.

Foto: Sarah Bioly

## Zeit für einen Wandel

Es ist höchste Zeit, dass sich die Wirtschaftswissenschaften für andere Ansätze öffnen. Es kann nicht sein, dass AbsolventInnen von den Theorien von Smith, Marx, Keynes oder Hayek ebenso wenig wissen wie über den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank oder die Europäische Zentralbank. Doch dieser Wandel kommt nicht von allein. Nur wenn wir uns als Studierende, Lehrende und BürgerInnen gemeinsam für Pluralismus stark machen, Offenheit und Vielfalt einfordern und der Einseitigkeit ein Ende bereiten, werden wir die Wirtschaftswissenschaft wieder dorthin stellen, wo sie hingehört: in den Dienst der Gesellschaft.

**Gustav Theile ist aktives Mitglied im Netzwerk Plurale Ökonomik und Student der Wirtschaftswissenschaften in Tübingen.**
**Netzwerk Plurale Ökonomik: www.plurale-oekonomik.de**

### Wer ist der BASS?

Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) ist das bundesweite Sprachrohr der GEW-Studis und vertritt sie nach außen sowie innerhalb der GEW. Der BASS gestaltet die Studierendenzeitung read.me mit und vernetzt die Arbeit der GEW-Studis der Bundesländer.
Kontakt: bass@gew.de, www.gew-studierende.de

**IMPRESSUM**
**Herausgeber:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand, Postfach 900409
60444 Frankfurt am Main
**Tel.:** 069 78973-0, **Fax:** 069 78973-201
**E-Mail:** info@gew.de
**Internet:** www.gew.de
**Redaktion:**
Dr. Andreas Keller (verantwortlich)
Marius Klein, Matthias Schröder,
Sarah Bioly, Sonja Staack, Sven Lehmann,
Tine Scheffelmeier
**Lektorat:**
Andrea Vath
**Gestaltung:**
Werbeagentur Zimmermann GmbH
60439 Frankfurt am Main
**Druck:** apm AG, Darmstadt
**September 2014**

## Kontakt zu den GEW-Studis in Deinem Bundesland

**Baden-Württemberg**
lass@gew-bw.de

**Bayern**
lass.bayern@googlemail.com

**Berlin**
lass@gew-berlin.de

**Brandenburg**
lass-team@
studiberatung-potsdam.de

**Bremen**
padberg@gew-hb.de

**Hamburg**
studis@gew-hamburg.de

**Hessen**
studierende@gew-hessen.de

**Mecklenburg-Vorpommern**
(über den Landesvorstand)
landesverband@gew-mv.de

**Niedersachsen**
christoph.lokotsch@gmail.com

**Nordrhein-Westfalen**
lass.nrw@gmx.de

**Rheinland-Pfalz**
lass@gew-rlp.de

**Saarland**
jungegew@gew-saarland.de

**Sachsen**
kontakt@lass-sachsen.de

**Sachsen-Anhalt**
lass@gew-lsa.de

**Schleswig-Holstein**
lass_sh@yahoo.de
sjoegren@gew-sh.de

**Thüringen**
lass@gew-thueringen.de